

Im Fachmagazin Nature Geoscience haben Klimaforscher eingestanden, dass sie mit ihren Computermodellen falsch lagen. Die Studie wurde von Klimawissenschaftlern aus acht Ländern verfasst. Die Mehrheit der Autoren ist maßgeblich beim Weltklimarat (IPCC) engagiert, zum Teil in führender Stellung. Das Eingeständnis wird Folgen für die Glaubwürdigkeit der Klimaforschung haben, aber keine Folgen für die Klimapolitik.

Das Eingeständnis führender Klimaforscher

Im Fachmagazin Nature Geoscience haben Klimaforscher eingestanden, dass sie mit ihren Computermodellen falsch lagen. Die Mehrheit der Autoren ist maßgeblich beim Weltklimarat (IPCC) engagiert, zum Teil in führender Stellung, berichtet die Weltwoche. Diese Forscher seien mitverantwortlich für die Alarme des IPCC vor einer angeblichen Klimakatastrophe. Nun aber seien sie zum Schluss gekommen, dass die Menschheit mehr CO₂ ausstoßen darf, bis sich die Erde mutmaßlich um 1,5 Grad erwärmt hat: nicht ein Zehntel mehr, nicht ein Fünftel oder die Hälfte mehr – nein: fast viermal mehr.

Die Weltwoche sieht in der Studie ein „Geständnis, dass die sogenannten Klimaskeptiker recht hatten.“ Es sei die Beichte, dass die Erderwärmung viel langsamer voranschreitet, als uns all die Warner, Mahner und Moralisten in Wissenschaft, Politik und Medien weismachen wollten.

Der Artikel ist nur für Weltwoche-Abonnenten zugänglich. EIFELON hat mit Genehmigung des Autors Alex Reichmuth den Artikel auf seiner Homepage veröffentlicht. Bitte lesen Sie den kompletten Artikel [hier](#).

Der Klimawandel hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen

Führende Forscher geben in einer Studie („Emission budgets and pathways consistent with limiting warming to 1.5 °C“) zu, dass sich die Erde langsamer erwärmt als behauptet. Ihre Computer hatten falsche Prognosen ausgespuckt. Mit dieser Feststellung gerät das gesamte Konstrukt eines menschengemachten Klimawandels in Frage. Ein Skandal, der Klimawissenschaftler, Politiker und Medien, die diese Hypothese propagiert haben, in Bedrängnis bringt. Das Umweltbundesamt (UBA) müsste sich bei allen Klima-skeptischen Wissenschaftlern und Journalisten, besonders bei Michael Miersch und Dirk Maxeiner, entschuldigen. Jede seriöse Zeitung müsste eigentlich titeln: «[Klimawandel weit weniger dramatisch als](#)

[befürchtet!](#)», schrieb Die Weltwoche aus der Schweiz.



Aber es herrscht Schweigen im Blätterwald. Schließlich steht die 23. UN-Klimakonferenz (COP 23) vom 6. bis 17. November in Bonn bevor. Rund 20.000 Teilnehmer aus aller Welt, Vertreter der Mitgliedsstaaten, die auf Drängen Deutschlands das Klimaabkommen in Paris unterzeichnet haben, werden nicht wollen, dass man ihnen nachweist, auf einen Schwindel hereingefallen zu sein oder den Schwindel zum eigenen Vorteil nutzen zu wollen. Außerdem müssen die enormen Kosten des Events einschließlich der umweltschädlichen Flüge gerechtfertigt werden. Die Interessen der inzwischen mächtigen Öko-Industrie und deren Lobbyverbände sollen nicht in die Kritik geraten. Irrtümer bei den Klimadaten werden deshalb erst nach und nach eingeräumt, sofern sich der Klimaschwindel nicht mehr länger aufrecht erhalten lässt.

Auf die Klimadaten und die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel kann die Politik erst dann verzichten, wenn die Strukturen der anvisierten [neuen Gesellschaftsordnung](#) weit genug entwickelt sind. Im Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sind die Grundlagen dieser neuen Gesellschaftsordnung und einer Politik manifestiert, die den „gestaltenden Staat“ mit dem „Klimaschutz“ als Staatsziel im Rahmen einer „Transformation“ und mit Hilfe eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ etablieren will.

Das Verschweigen von neuen Erkenntnissen oder deren Umdeutung zugunsten der Politik sichert den Ausbau der staatlichen Macht. Die Umweltministerin Barbara Hendricks [jubelte](#) 2015: „In Paris haben wir Geschichte geschrieben. Heute haben wir sie unumkehrbar gemacht. Das Pariser Klimaschutzabkommen wird definitiv im November in Kraft treten.“ Die Eitelkeit von Politikern, die „größte zwischenstaatliche Konferenz“ auf deutschem Boden ausrichten zu können, hält die schwindende Glaubwürdigkeit noch für eine Weile unter Kontrolle. Dies verdankt sie den Medien, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Debatten fördern, sondern den selbstgefälligen Jubel der Politiker und Falschinformationen ihrer Unterstützer an die Öffentlichkeit durchreichen.

Politik gegen das eigene Volk

Ein Blick über zerstörte Landschaften, die zum angeblichen Schutz des Klimas mit immer mehr Windkraftindustrieanlagen bestückt werden, genügt, um zu verstehen, dass die gegenwärtige Energiepolitik die Lebensqualität der Bevölkerung stark vermindert. Ohne die Ideologie vom Klimaschutz und der angeblich übergroßen Gefahr der Kernenergie, jetzt auch der Braunkohle, wäre dieser Zerstörungsprozess nicht möglich gewesen.

Nachteile und Risiken der Energiewende werden nicht erforscht, eine Übersicht über die zukünftig entstehenden finanziellen Belastungen gibt es nicht. Debatten über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zum Schutz des Klimas in Hinsicht auf den Klimawandel sind unerwünscht. Nicht einmal die absurde Vorstellung, das Klima ließe sich durch Menschenhand schützen, wurde infrage gestellt. Es waren und sind keine Wissenschaftler, sondern Politiker, die unter dem Vorwand des Klimaschutzes bestimmte [politische und ökonomische Interessen](#) durchsetzten und wissenschaftliche Erkenntnisse nach diesem Nutzen beurteilen.



[direkt bestellen bei StStorchmann Medien](#)

Das UBA bediente sich 2013 eines ungewöhnlichen Mittels, um sich Kritiker der Hypothese vom menschengemachten Klimawandel vom Halse zu schaffen. Die Journalisten Michael Miersch und Dirk Maxeiner wurden vom UBA namentlich in der Broschüre [„Und sie erwärmt sich doch!“](#) genannt und gerügt. Die meisten Medien lehnten diese Denunziation ab. Die beiden Journalisten fühlten sich durch die Bundesbehörde an den Pranger gestellt und verklagten das UBA. Das Verwaltungsgericht Halle stützte jedoch die Auffassung des UBA und [erklärte die Klage der Journalisten als unbegründet](#). Ein [Präzedenzfall](#), der Spuren in der öffentlichen Meinungsbildung hinterlassen hat.

Dem Umweltbundesamt ging es nicht allein um die beiden Journalisten. Die Speerspitze zielte gegen alle, die Zweifel an der Lehre vom menschengemachten Klimawandel hegen. In der Broschüre des UBA heißt es: “Schon lange warnt die Klimaforschung vor einer drohenden Klimaerwärmung, die für die – an die heutigen klimatischen Verhältnisse angepasste – menschliche Gesellschaft große Gefahren birgt. Im Gegensatz dazu gibt es einen Personenkreis, der die Erkenntnisse der Klimawissenschaft nicht anerkennt, die sogenannten „Klimawandelskeptiker“ oder kurz „Klimaskeptiker“. Dabei ist sich die wissenschaftliche Gemeinschaft über die Ursachen der Klimaerwärmung weitgehend einig.”

Fach-Wissenschaftler haben der Auffassung vom menschengemachten Klimawandel stets widersprochen. Die angebliche Einigkeit ist nichts weiter als eine [Fiktion](#). Aber

sie wird, und das macht viele Menschen sprachlos, mit Hilfe der Medien trotzdem weiter verbreitet. Noch. Wenn der anthropogene Klimawandel seine Schuldigkeit getan haben wird, kann er gehen.

Quellen:

- <http://www.tagesspiegel.de/politik/klimaabkommen-von-paris-nur-drei-sind-nicht-dabei-syrien-nicaragua-und-die-usa/19885244.html>
- <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/> Hauptgutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ und “Zusammenfassung für Entscheidungsträger” zum Herunterladen.
- <http://eifelon.de/umland/bonn/zweifler-grosse-vorbereitungen-zum-weltklima-gipfel-in-bonn-aber-was-wenn-die-Klima-skeptiker-doch-recht-haben.html>
- http://www.gci.org.uk/Documents/Myles_Allen.pdf

Foto: 5998679, Fidschi, pixabay



Werbung

Karoline Kuhla

FAKE NEWS



Fake News (auf dt. etwas »Falschmeldungen«): Im Stil an echte Nachrichten angelehnte, gezielt in die Welt gesetzte Unwahrheiten, die sich meist über Soziale Medien verbreiten. Auch: beleidigender Ausdruck für unliebsame Berichterstattung oder Medien, ähnlich dem deutschen »Lügenpresse«.

CARLSEN KLARTEXT